

Lübke soll Präsident werden

Nach vierstündiger Sitzung von der CDU nominiert

W. Bonn (Eigenbericht). Bundesernährungsminister Dr. h. c. Heinrich Lübke wird von der CDU/CSU als neuer Bundespräsident vorgeschlagen. In einer vierstündigen Sitzung einigten sich die Wahlmänner der CDU/CSU unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer auf den 64jährigen Westfalen. Lübke hat die Kandidatur angenommen und wird sich in der Bundesversammlung am 1. Juli neben Schmid (SPD) und Becker (FDP) zur Wahl stellen.

„Lübke hat es in schwieriger Zeit verstanden, die Interessen der Bauern, der Industrie und der Verbraucher auszugleichen.“ Mit diesen Worten stellte der stellvertretende CDU-Vorsitzende v. Hassel ihn der Presse vor. „Er ist ein Mann von untadeliger Vergangenheit, der weit über die Grenzen Deutschlands hinaus angesehen ist. Er wird sein Amt mit Würde erfüllen.“

In der Sitzung der 57 Wahlmänner wurden vier Vorschläge gemacht: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier wurde von Bremen und Nordbaden vorgeschlagen, der Vorsitzende der CDU/CSU - Bundestagsfraktion, Dr. Krone, von seinem Fraktionskollegen Schmucker (CSU). Neben Lübke, der von Hamburg und Rheinland-Pfalz genannt wurde, tauchte auch der Name des Frankfurter Juristen Prof. Böhm auf, der gleichfalls der CDU/CSU - Bundestagsfraktion angehört. Gerstenmaier und Krone lehnten die Kandidatur „aus wohlwogeneren Gründen“ ab; Krone hatte sich dazu schon vor Monaten entschlossen, und Gerstenmaier fühlt sich mit seinen 52 Jahren zu jung. In einer Pause fand man, daß Böhm nur wenig Unterstützung hatte. Daraufhin wurde formell über Lübkes Kandidatur abgestimmt. Sie wurde einstimmig beschlossen. Der herbeigerufene Minister nahm den Auftrag an, nachdem er die CDU/CSU auch für die Zukunft um ihr volles Vertrauen gebeten hatte. Dr. Adenauer erklärte, er verzichte ungern

auf Lübke im Kabinett, aber auch in der Stellung des Bundespräsidenten freue er sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Die Frage der Konfession des CDU-Kandidaten, die in einem früheren Stadium lebhaft erörtert worden war, scheint diesmal überhaupt keine Rolle mehr gespielt zu haben. Lübke ist katholisch. Einwände gibt es gegen ihn, soweit man sieht, nur auf der Seite der Deutschen Partei, mit der er wiederholt agrarpolitische Meinungsverschiedenheiten ausgefochten hat. Es ist daher zweifelhaft, ob er die DP-Stimmen in der Bundesversammlung erhält. Dadurch hat er weniger als andere mögliche CDU-Kandidaten die Chance, im ersten oder zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen zu gewinnen.

Entschluß fiel schwer

Ihm sei der Entschluß, die Kandidatur anzunehmen, nicht leichtgefallen, erklärte Lübke vor Pressevertretern. Als der Vorschlag zum ersten Male aufgetaucht sei, habe er ihn abgelehnt. In der jetzigen Situation würde aber das Amt und auch die Person des jetzigen Bundespräsidenten Theodor Heuss darunter leiden, wenn er ablehne.

DT. Als vor einigen Tagen ein bekannter Bundesminister im Bundeshaus mit einigen Journalisten zusammenstand, entwarf er mit wenigen Worten

das Bild des CDU-Kandidaten für die Bundespräsidentschaft, wie er es sich vorstelle. Mit ein ganz wenig Ironie nannte er als erste Voraussetzung weißes Haar und als weitere: mindestens 60 Jahre alt, im Äußeren nicht ohne Würde, fähig zu öffentlichem Auftreten und Reden, verheiratet, mit erwachsenen Kindern. Nach zwei vergeblichen Ansätzen ist es der CDU/CSU erstaunlich gut gelungen, diesem Idealbild nahezukommen. Bundesernährungsminister Dr. Heinrich Lübke erfüllt alle diese Bedingungen — außer der einen, daß er erwachsene Kinder haben müßte. Er hat gar keine, aber wenn er die Wahl in der Bundesversammlung gewinnt, wird er 52 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik ein guter Landesvater sein können.

Was er auch unternimmt — man weiß bei ihm, daß er es sorgfältig geprüft hat, mit einem klaren Verstand und mir einem Verantwortungsbewußtsein, das einer auf dem Lande gewachsenen, ursprünglichen Frömmigkeit entspringt. So hat er in den ersten Jahren nach dem Kriege mit den Engländern um ein neues Erfassungssystem gekämpft, das den Bauern zufriedenstellen und zugleich die Stadtbevölkerung besser versorgen sollte. Er hat 1949 als Agrarminister in Nordrhein-Westfalen eine Bodenreform durchgesetzt. Er hat in den letzten Jahren, anfangs auch gegen den Widerstand des Bauernverbandes, um eine Modernisierung der deutschen Landwirtschaft gerungen. Dieser Heinrich Lübke ist gewiß kein Mann, der nach Popularität heischt. Er hat sich auch jetzt nicht vorgedrängt, sondern ist bis zuletzt im Hintergrund geblieben.

Genf braucht nicht zu scheitern

K. W. B. Von den 51 Tagen, die Christian Herter amerikanischer Außenminister ist, hat er 35 vorwiegend in Genf verbracht, Amerikas gut orientierter diplomatischer Korrespondent der „New York Times“, James Reston, zieht daraus den Schluß, das State Department sollte das Verhandeln mit den Sowjets einem Spezialisten mit Sonderrang, vielleicht dem dazu zu ernennenden Botschafter in Moskau, übergeben. In solchem Vorschlag scheint uns nicht nur Resignation zu stecken. Nicht nur Resignation darüber, daß am Ende der fünften Genfer Woche die Konferenz in eine Sackgasse geraten ist, sondern auch Einsicht dafür, daß der Chef der amerikanischen Außenpolitik viele fruchtlose Wochen lang von den Sowjets an einen bestimmten Schauplatz sich hat binden lassen, ohne in dieser Zeit den möglichen anderen Problemen die Aufmerksamkeit zuwenden zu können, die sie verdienen. Daß Gromyko auf der Genfer Bühne so hartnäckig aushält, ist nicht vergleichbar. Der sowjetische Außenminister führt, was in den letzten Tagen immer sichtbarer geworden ist, den Kreml-Auftrag durch, die Front der Westmächte aufzubrechen und immer dann sofort brutal und drohend zu werden, wenn aus Kreisen der Westmächte ein Querschuß, eine Verstimmung, eine innerpolitische Verwirrung bekannt wird.

★

Gromyko bindet in Genf den ganzen Westen. Er veranstaltet Kalt-Heiß-Wechselbäder jetzt seit Wochen in einer einzigen Sache: In der Sache Berlin. Unterdessen aber treibt sein Herr die Politik der neuen Expansionen und der Erweiterungen des sowjetischen Einflusses in der Welt mit jovialer Breite. Die westliche Politik war und ist gegenwärtig auf den Genfer Konferenztisch konzentriert. Niemand dachte in den fünf Wochen seit dem 11. Mai irgendwo an eine Positionsveränderung aus Amerika,

aus England, aus Frankreich etwa in Richtung auf die Sowjetunion. Chruschtschow aber geniert sich nicht. Er hat seinen Gromyko in Genf. Aber er rasselt unterdessen in allen Randbezirken seines roten Imperiums weiterhin mit dem Säbel.

Chruschtschow reiste, während sein Gromyko den Friedensplan des Westens in Genf vom Tisch wischte, in den Zwergstaat Albanien, inspizierte dort die sowjetischen Raketenbasen und schickte nach Rom und Athen donnernde Drohungen. Als er an diesen südöstlichen Grenzen das Stichwort von der „atomwaffenfreien Zone“ für den Balkan und den halben Vorderen Orient ausgab, wußte man noch nicht, daß er acht Tage später oben an der Ostsee, in Riga, den gleichen gefährlichen Lockruf an die skandinavischen Staaten ausstoßen würde. Auch dort benutzte er die Gelegenheit, mit seinen Ulbricht-Freunden irgend etwas anfangen zu müssen, dazu, die vorgeschobenen militärischen Macht-Bastionen des Kremles fit zu machen. Das kommunistisch regierte Lettland war angesprochen; die Schweden, Norweger und Dänen waren gemeint. Soweit die westlichen Verhandlungspartner von Chruschtschows Reisefreudigkeit Notiz nahmen, lasen sie aus seinen Reden den Barometerstand ab, den man am nächsten Tag für Gromykos Verhalten gegenüber Deutschland und Berlin erwarten konnte.

★

Es steht nicht gut um die Genfer Konferenz. Und also steht es nicht gut um ihr wesentliches Thema: Deutschland und Berlin. Man spricht von Vertagung, man raunt auch schon vom möglichen Scheitern der Konferenz. Wenn sich der Westen schon mit einem Gedanken daran vertraut machen könnte, dann hoffentlich mit der Überlegung, er hat dem Kreml mindestens Anreiz geliefert, sich von der brutalen Seite zu zeigen. Sicher hat Moskau der Schuß, den de Gaulle in der letzten Woche der NATO versetzen wollte, ermutigt. Selbstverständlich auch, daß der innerdeutsche Wirrwarr, der um Adenauer ent-

standen war, nicht weniger freundlich in Moskau registriert worden ist. Und die Unsicherheit, die England selbst mit seiner „Times“-Attacke gegen seinen Außenminister Selwyn Lloyd geschaffen hat, nahm Gromyko gern als ein weiteres Zeichen für die weichen Stellen in der westlichen Einheitsfront.

★

Man braucht sich nicht auf den rigorosen Standpunkt zu stellen, daß in Zeiten des gemeinsamen Verhandeln mit dem gemeinsamen Gegner jede innere Kontroverse oder Eloßstellung der Allianz-Partner unterbleiben müsse. Doch man soll daran denken, daß sie der totalitär denkende und handelnde Gegner nur als Schwächezeichen bewerten kann. Der Tiefstand der Genfer Konferenz könnte zu unseren Gunsten überwunden werden, wenn außer der Gemeinsamkeit der westlichen Außenminister im Konferenzsaal auch die Bündnisstaaten eine zweckvolle Demonstration ihrer Gemeinsamkeit im Großen ermöglichen. Der Vorschlag des „Daily Telegraph“ scheint uns ein diskutabler Weg hierfür zu sein: in eine mögliche Vertagung der Genfer Konferenz ein Gipfeltreffen von Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und Adenauer einzuschieben. Wir möchten diesen Vorschlag erweitern, um nicht nur eine Konferenz, sondern auch die Politik des Westens gegenüber dem immer aggressiver werdenden Osten zu retten. Eine solche Gipfelkonferenz des Westen müßte energisch den Status quo der Beschwichtigung verlassen und mit der Forderung nach Lösung der Deutschlandfrage und der europäischen Sicherheit auch klar den Besitzstand der westlichen Freiheit umreißen.

Chruschtschow hat, während der Westen verzweifelt um die Position des Status quo kämpfte, neue politische Positionen besetzt, die er bestimmt morgen oder irgendwann einmal als bestehende Besitzstände präsentieren wird. Der Westen sollte, wenn er in die neue Genfer Phase hineinget, zu erkennen geben, daß Verhandeln mit den Sowjets auch Handeln heißt.

Junge Pioniere lernen für Gromyko

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht).

Die einseitigen und falschen Berichte der Zonenpresse über die Außenministerkonferenz machen es der mitteldeutschen Bevölkerung schwer, sich ein objektives Bild über den Verlauf der Verhandlungen zu machen. Viele müssen wider besseres Wissen Resolutionen unterschreiben und zu der geradezu unfähigen Berichterstattung schweigen.

DRESDEN

Angriffe und Verleumdungen: Die „Sächsische Zeitung“ schreibt: „Völlig unglücklich war schon von vornherein die Rolle der westdeutschen Konferenzdelegation, die von Adenauer zum bloßen Neinsagen, Übelnehmen und Sabotieren an den Genfer See geschickt worden waren. Aber die billigen und verlogenen Argumente, hölzernen von Grewe vorgetragen, hatten keinerlei Wirkung... Schließlich erbarmte sich der amerikanische Außenminister Herter der armen Würstchen aus Bonn und hielt eine lange Rede, in der er nachzuweisen suchte, daß Ostberlin ein ‚Agentenzentrum‘, Westberlin aber sozusagen eine stille, ruhige Badestadt sei. Herter stellte einfach alles auf den Kopf. Die müde Retourkutsche kam selbstverständlich nicht an.“

„Mehr Aufmerksamkeit der Meldeordnung.“ Der Hausverwalter ist verpflichtet, alle in das Haus einziehenden Personen an die Meldepflicht zu erinnern und zu kontrollieren. Wer unangemeldet oder über eine befristete Zeit in einem Hause wohnt, wird bestraft. Die Volkspolizei teilte mit, es sei eine Ehre und Verpflichtung, diese Gesetze zu achten und einzuhalten.

LEIPZIG

„Minen des kalten Krieges in den Äckern!“ Aus einem sieben Hektar großen Weizenschlag einer LPG im Bezirk Leipzig hat ein Sonderkommando der Volkspolizei Eisenstangen und Eisenrohre im Gewicht von zwei Zentnern herausgeholt. Die

Eisenteile waren auf 25 bis 30 cm Länge geschnitten, um die Traktoren und Erntemaschinen zu zerstören. Außerdem



Blütenweiß

DT. Nicht jeder ist gleich sauber, wenn er sich mit Seife wäscht. Höchstens: nicht mehr ganz so dreckig. Sauberkeit braucht ihre Zeit. Zwei Wochen, vier Wochen, acht Wochen. Beim VEB „Blütenweiß“ jedenfalls sagt man, daß ein Reinigungsprozeß nicht unter acht Wochen zu bewerkstelligen sei.

Da geben nun die geplagten DDR-Bürger ihre Wäsche in diesem Institut ab und hoffen, daß sie nach wenigen Tagen wieder ganz in Weiß liegen. Sie liegen nicht. In Weiß schon gar nicht. Der Reinigungsprozeß dauert nun einmal unter dem Zeichen von Hammer und Sichel ein bißchen länger. Aber dafür ist nachher alles ganz sauber. Es hängt dem Unterrock nichts mehr an von westlicher Penetranz. Und auch das Hemd des gramebeugten Vaters hat nach acht Wochen jene Farbe, die man im allgemeinen als Weiß bezeichnet.

Die armen Leser der kommunistischen „Berliner Zeitung“ machen ihren Herzen Luft. Dr. Winkler, Günther Manow und Willi Kühn beklagen sich ehrlich über die Langsamkeit dieses Betriebes. „Blütenweiß“ heißt dieses Ding. Die Beschwerden der Ostberliner sind gewiß nicht unberechtigt. Aber was wollen sie machen?

Wer so lange an dreckiger Wäsche zu waschen hat, kann auch beim besten Willen seinen blütenweißen Plan nicht einhalten.



hätten „Freiheitskämpfer“ im Auftrage Bonns Eisendrahtstücke ins Grünfutter geworfen, um den Aufbau zu stören. „Die Herren in Bonn hatten sich

einen heimtückischen Schlag ausgedacht, um bei uns Mangel und Wirrnis zu organisieren“, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, „aber die Littdorfer Bauern werden als ihre Antwort 25 Ferkel zusätzlich aufziehen und daraus für sich politisches Kapital schlagen.“

„Treffpunkt Olympia.“ Auf der Festwiese des Zentralstadions findet unter dem Motto: „Für jedermann an jedem Ort — jede Woche einmal Sport“ ein Trainingsnachmittag in den Disziplinen Leichtathletik, Volleyball, Handball, Fußball, Federball, Radsport, Boxen, Judo, Schwimmen u. a. statt.

HALLE

Das Flugblatt der Bergarbeiter. Die SED-Parteiorganisation hat den Kumpels ein faltbares Flugblatt geschrieben, in dem zu lesen steht: „Es stinkt aus dem Paket(plan)! Nur der Name ist neu. Der Paketvertrag ist keine Bändigung, sondern ein Mastvertrag für den Militarismus in Westdeutschland. Mit den Faschisten und Militaristen kann es für uns keine Einigung geben. Darum fordern die Kumpels des Fortschrittschachtes: Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.“ Sie forderten es in über 4300 Briefen nach Genf.

Kinder müssen schreiben: Die Pioniere der Klasse 7a1 der Dr.-Kurt-Fischer-Schule, Halle a. d. Saale, richteten einen Brief an Gromyko, in dem es heißt: „Unterbreiten Sie bitte den Herren aus den westlichen Ländern, daß wir Jungen Pioniere einen Friedensvertrag fordern. Denn nur im Frieden können wir lernen und den Sozialismus aufbauen. Wir lernen schon das 5. Jahr Russisch und werden immer Freundschaft mit der Sowjetunion und allen friedliebenden Völkern halten. Wir Pioniere unserer Klasse werden unsere Dankbarkeit für Ihre Bemühungen durch bessere Lernerfolge und gute Disziplin in den Unterrichtsstunden ausdrücken.“ Die Pioniere schickten 33 722 gesammelte Unterschriften nach Genf.

„Geschäft mit dem Todfeind“

Professor Röpke als einsamer Rufer gegen den Osthandel

DT. „Wie hältst du's mit dem Osthandel“ ist zwar keine Gretchen-Frage mehr, aber das Problem erhitzt die Gemüter doch immer wieder. Gerade in den letzten Tagen häuften sich die Meinungsäußerungen. Zwei von ihnen seien hier wiederholt: die — mit Verlaub — naivste und die prinzipiellste. Vor dem Unterhaus sagte der britische Handelsminister Sir David Eccles über die Lieferung von Baumwollstoffen aus Lancashire in die Sowjetunion, sie sei zwar noch unbedeutend, „aber wenn erst eine Handvoll sowjetischer Frauen an den britischen Erzeugnissen Gefallen gefunden hat, kann man nicht wissen, wie sich dieser enorme Markt noch ausdehnen wird“. Dagegen schlug der Genfer Professor Röpke vor der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in Bad Godesberg vor, statt des Wortes Osthandel den Begriff Todfeind-Handel einzuführen. Vor prominenten Vertretern der westdeutschen Wirtschaft fuhr Röpke fort: „Wenn ein namhafter Industrieller gesagt hat, er mache mit dem Osten nicht Politik, sondern Geschäfte, dann bleibt uns nur die Wahl, ihn entweder für ungewöhnlich einsichtslos oder für unverantwortlich zu halten.“ Dieser Satz könnte sich auf keinen Geringeren als Alfried Krupp bezogen haben, der kürzlich die Ostkontakte und -kontrakte seines Hauses damit begründete, daß er für die Beschäftigung einer 50 000-köpfigen Belegschaft zu sorgen und damit eine rein wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen habe.

Kreml zieht Nutzen

Gewiß gehen westliche Industrielle an den Osthandel „rein wirtschaftlich“ heran; ebenso sicher ist aber, daß ihre Kontrahenten drüben das nicht tun. Hinter dem Eisernen Vorhang gibt es nun einmal nur eins „rein“: die Politik. Alles ist von ihr durchsetzt — wenn schon Sport und Kultur, wieviel mehr dann die Wirtschaft. Daraus folgt, daß es einen Osthandel überhaupt nur geben kann, wenn sich die Strategien

des Kremels davon nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch politisch etwas versprechen. Innenpolitisch zum Beispiel und auch im Hinblick auf die propagandistische Wirkung auf die Entwicklungsländer käme ihnen eine schnelle Erfüllung der Prophezeiung sehr gelegen, man werde „den Westen überholen“. Wenn bei uns argumentiert wird, die Sowjets könnten sich jetzt einen Krieg nicht erlauben, weil sie endlich einmal auf die Ansprüche der sozialistischen Massen Rücksicht nehmen müßten — ließe sich daraus nicht schließen, daß sie sich einen Krieg leisten könnten, wenn sie (mit westlicher Hilfe) den Wohlstand eines Tages genügend gesteigert haben? Röpke legte diesen Gedanken mindestens nahe, indem er sagte, von jedem Geschäft mit dem kommunistischen Imperium sei bis zum Beweise des Gegenteils „eine Stärkung des Todfeinds“ zu erwarten. Und was — außenpolitisch — die „Beseitigung des kapitalistischen Systems mit friedlichen Mitteln“ angehe, so legte der ehrenwerte Sir David kommunistischen Unterhauskandidaten in der hart bedrängten Baumwollgrafschaft Lancashire für die nächste Wahl die Parole „Das Heil kommt aus dem Osten“ geradezu in den Mund.

Schauspiel für Zyniker

Man denke einmal, welches Schauspiel ein Teil der westlichen Wirtschaft sowjetischen Zynikern bietet, wenn ein Besucher aus dem Osten irgendwo erklärt: „Wir könnten eure gesamte Ölfeldrohrproduktion verkraften“ oder „Wenn nur jeder chinesische Haushalt ein einziges Handtuch aus eurer Baumwolle bekäme...“ Soviel man im Kreml von der Tüchtigkeit westlicher Techniker hält, so gering schätzt man dort die Urteilskraft westlicher Wirtschaftler. Wenn zum Beispiel dieser Tage ein Vertreter des sowjetzonalen Außenhandels erneut die Abschaffung des westdeutschen Zentralverfahrens im Interzonenhandel mit der Er-

klärung forderte, es stehe im Widerspruch zu der von Bundeswirtschaftsminister Erhard verfochtenen Marktwirtschaftskonzeption, so geschah das natürlich in der leider nicht ganz unberechtigten Hoffnung, mit dieser bodenlos bauernfängerischen Begründung bei bestimmten westdeutschen Kaufleuten Stimmung machen zu können. Das Anrennen des Ostens gegen Schutzvorkehrungen des marktwirtschaftlichen Systems gegenüber dem östlichen Außenhandelsmonopol zeigt gleichzeitig wieder, was für eine starke Waffe man drüben in einer straffen Außenhandelslenkung sieht; der Westen — hier die Bundesrepublik — soll sich ihrer begeben, der Osten denkt gar nicht daran.

Es gibt — wir wiederholen es — einen Osthandel nur, wenn er dem Osten politisch nützt. Aber nützt er nicht auch uns? Ein Wissenschaftler und Philosoph wie Professor Röpke behauptet unter dem langfristigen Aspekt der Auseinandersetzung zwischen freier und unfreier Welt, daß uns der Osthandel sogar gefährdet, weil es „eine Koexistenz nicht geben kann“. Die Regierungen des Westens, die einen weniger absoluten Standpunkt einnehmen, haben aber nun einmal durch Handelsabkommen mit dem Ostblock ein Versuchsfeld abgesteckt. Niemand hat es leichter, die westliche Konkurrenz gegeneinander auszuspielen und dadurch die Preise zu drücken als die östliche Einkaufszentrale in Verhandlungen mit Partnern in der freien Welt. Immerhin gibt es große Konzerne, für die sich das Ostgeschäft trotz allem offenbar lohnt — sie mögen es machen. Aber der mittlere und kleine Exporteur hat von dem Markt jenseits des Eisernen Vorhangs, nüchtern betrachtet, unter den derzeitigen Bedingungen nicht viel zu erwarten.

Frage des Kredits

Ja, wenn er auf Kredit verkaufen könnte! Gerade darum geht es vor allem in der gegen-

Fortsetzung auf Seite 5

Brandt: Westen hält zu Berlin

Konferenz bei Herter — Keine Einwände gegen Präsidentenwahl

Genf (ap/dpa). Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, erklärte in Genf, er habe von den Westmächten erneut die Zusicherung erhalten, daß sie an ihrer Verpflichtung, Westberlin zu schützen, unter allen Umständen festhalten würden. Die Berliner könnten sich darauf verlassen, daß ihr Recht, als freie Menschen in ihrer Stadt zu leben, auch in Zukunft in vollem Umfange gewahrt werde. Brandt hatte ein dreieinhalbstündiges Gespräch mit den Außenministern der drei Westmächte, Herter, Lloyd und Couve de Murville. In einer anschließenden Pressekonferenz sagte Brandt, die Außenminister hätten ihm erklärt, daß sie die Frage, ob die Bundesversammlung in Berlin stattfinden solle, den zuständigen Stellen in der Bundesrepublik überließen.

Auf die Frage, ob er aus Genf neue Bedenken und Sorgen mit nach Berlin nehme, sagte Brandt: „Ganz im Gegenteil.“ Bei der Unterredung mit den Außenministern habe er vor einem „falschen Kompromiß“ und einer sogenannten Interimslösung für Berlin gewarnt. Berlin nehme die Drohung mit einer neuen Blockade zwar nicht ernst, sei aber diesmal viel besser vorbereitet als bei der Blockade 1948/49.

Bei dem Gespräch mit den Außenministern, so teilte Brandt weiter mit, seien auch einige

erörtert worden. Die jüngsten sowjetischen Vorschläge bezeichnete er in ihrer gegenwärtigen Form als unannehmbar. Die Westmächte müßten auch weiterhin so starke Einheiten in Berlin stationieren, daß sie jederzeit ihren Verpflichtungen

gerecht werden könnten. Die Amerikaner dürften beispielsweise nicht nur einen Leutnant und sechs Soldaten zur Bewachung der amerikanischen Flagge in Westberlin zurücklassen.

Während der Konferenz, die in der Villa des amerikanischen Außenministers Herter stattfand, wurde auch die Frage des Zusammentritts der Bundesversammlung in Berlin angeschnitten. Brandt sagte dazu später, die Westmächte hätten ihm gegenüber keine Bedenken dagegen zum Ausdruck gebracht. Es wäre für ihn eine große Überraschung, wenn die Versammlung jetzt nicht nach Berlin einberufen werde.

Der alte Erhard

Spekulationen über Rücktritt schlugen fehl

DT. — Mit Spannung haben Freunde und Gegner des Bundeswirtschaftsministers sich bei Erhards Rückkehr aus den Vereinigten Staaten in die politisch plötzlich so verwandelte Heimat gefragt: „Was tut er jetzt?“ Ausländische Journalisten forschten sogar nach etwaigen Rücktrittsüberlegungen — aber das konnten eigentlich auch nur Ausländer tun, denen das Temperament dieses Mannes wenig vertraut ist. Die letzten Zweifel dürfte allenthalben das Auftreten des Bundeswirtschaftsministers in der gestrigen Haushaltsdebatte des Bundestages beseitigt haben: Professor Erhard denkt nicht daran, sich in einen Schmollwinkel zurückzuziehen.

Wenn die SPD von seiner angeschlagenen Position gesprochen hat, so war dabei ganz offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Nimmt man einmal die Kreise aus, von denen der Bundeswirtschaftsminister ohnehin nicht gerade ein Maximum an Bereitschaft zur Zusammenarbeit erwarten kann, so ist seine Stellung im Gegenteil gerade in den letzten Monaten eher fester geworden. Die von Erhard inspirierte deutsche Verhandlungstaktik auf der Genfer Konferenz des Allgemeinen

Zoll- und Handelsabkommens (GATT) trug ihm ein ausdrückliches Lob der Textilindustrie ein, die ihm zuvor „Unnachgiebigkeit“ vorgeworfen hatte, während die SPD gestern im Gegenteil Erhards „mangelnde Standfestigkeit“ beanstanden wollte. Die Kritik der SPD im Bundestag ging an den Tatsachen vorbei: Was die Konjunkturpolitik betrifft, so kann der Bundeswirtschaftsminister auf die jüngste Aktivität seines Hauses verweisen, die sich sogar über die EWG hinaus auf ganz Westeuropa erstreckt. Mit dem Problem der Konzentration befaßt sich das Kartellamt; sein Präsident ist der Mann, den Erhard seinerzeit gegen viele Widerstände durchsetzte. Die Emission der ersten Volksaktien an 200 000 „Kleinkapitalisten“ war ein voller Erfolg. Die Schatten, die über einigen Bereichen der deutschen Wirtschaft gelegen haben, hellen sich auf, ohne daß viel „schweres Geschütz“ aufgeföhren zu werden brauchte. Erhard sah sich vielleicht schon von seinem alten Amt scheiden — da er es nun behält, wird er es weiter so verwalten wie bisher, weder wankelmütig noch weltfremd. Diese Gewißheit haben nun seine Gegner, vor allem aber seine Freunde.

„Geschäft mit dem Todfeind“

Fortsetzung von Seite 4

wärtigen Osthandelsdiskussion. Soll der Staat für diese Geschäfte Kredite oder Bürgschaften gewähren? Während man sich auf dem Londoner Atlantischen Kongreß zum 10. Jahrestag der NATO gerade auch in Ostfragen auf eine gemeinsame Linie zu einigen versuchte, verhandelten britische Beamte bereits in Moskau über die Voraussetzungen eines Staatskredits an die Sowjetunion. Die Fronten im Westen drohen aufzuweichen. Doch selbst wenn sich Großbritannien zu Krediten, an den Kreml entschloße — die Bundesregierung sollte es nicht tun.

Inzwischen harren anderweitig bedeutende Märkte der Erschließung, auf denen die Bundesrepublik mit Krediten — wenn es schon nicht ohne sie geht — größerer Erfolge sicherer ist als im Ostblock. Aspekte der Berlin-Frage und des Problems der Zugangswege

Möge Moskau den Ruf hören!

Bundespräsident Heuss sprach auf dem Heimkehrertag

Köln (upi). Bundespräsident Theodor Heuss appellierte auf dem dritten Heimkehrer-Deutschland-Treffen in Köln an die Sowjetunion, sich zu einer „sauberen Kooperation“ zur Aufklärung von Menschenschicksalen bereit zu finden. Er wisse nicht, sagte Heuss, ob die Sowjets, die statistisches Material über die Verschollenen besäßen, seinen Appell hörten.

Die Erfüllung dieses menschlichen Wunsches müsse als ein psychologisches Politikum angesehen werden.

Der Bundespräsident, der von den etwa 20 000 Heimkehrern bei der Eröffnungskundgebung mit stürmischem Beifall empfangen wurde, bezeichnete es als Aufgabe des Heimkehrerverbandes, den Wert der Kameradschaft zu erhalten und in

Fällen der Not beratende Kraft zu spenden. Man könne keine Tradition schaffen, sondern müsse ihr, wie der Heimkehrerverband, die Möglichkeit geben, sich aus dem inneren Erleben heraus zu bilden. Heuss wies auf die auch heute noch unter vielen Heimkehrern vorhandene Not hin und erklärte, er schäme sich oft, nicht mehr als nur einen „Kanzleitrost“ geben zu können.

Der Präsident des Verbandes, Oberbürgermeister Fischer (Kempten/Allgäu), nannte den Bundespräsidenten den „Vater des Staates“. Fischer sagte, man wisse, daß das deutsche Volk Professor Heuss, wenn es die Verfassung zuließe, weiter als Bundespräsident sehen wollte. Heuss sei für die Kriegsgefangenen in den ersten Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik ein Symbol dafür gewesen, daß in der Heimat ein neuer deutscher Staat entstanden sei.

Das Deutschland-Treffen der Heimkehrer war unter dem Leitwort „Ohne Furcht der Freiheit dienen“ und dem Geläut der Friedland-Glocke eröffnet worden.

Rechte zeitlich unbegrenzt

Brandt berichtete über Berlin-Gespräch in Genf

Berlin (Eigenmeldung). Die Westmächte werden nicht bereit sein, unter dem Druck eines sowjetischen Berlin-Ultimatums in eine Gipfelkonferenz einzuwilligen. Dies erklärte der Regierende Bürgermeister Brandt über seine Gespräche mit westlichen Staatsmännern in Genf und Paris. Eine zeitliche Begrenzung der westlichen Rechte und Pflichten in Berlin sei undiskutabel. Trotz der festgefahrenen Verhandlungen in Genf glaubt Brandt, daß die Großmächte weiterhin miteinander im Gespräch bleiben werden. Auf welcher „Etage“ sich dieses Gespräch vollziehen werde, sei allerdings noch ungewiß.

Bei künftigen Verhandlungen könnte sich nach Ansicht Brandts eine Annäherung des östlichen und westlichen Standpunktes in der Frage eines gesamtdeutschen Ausschusses ergeben, von dem sowohl in westlichen als auch in sowjetischen Plänen die Rede ist. Zu den Aufgaben einer derartigen Einrichtung würde in erster Linie die Normalisierung des Verkehrs zwischen Berlin und der Bundesrepublik zählen. Vorher müßten allerdings die teilweise erheblichen Unterschiede, die in beiden Lagern hinsichtlich der Zusammensetzung und Funktion des Ausschusses bestehen, durch eindeutige und klare Formulierungen beseitigt werden. Brandt hob hervor, daß ein gesamtdeutscher Ausschuß mit Konföderation nichts zu tun habe. Er glaube nach wie vor, daß der Westen in der Frage der Konföderation keine Zugeständnisse machen werde.

Wie bereits im Anschluß an seine Unterredung in Genf betonte Brandt auch am Dienstag, daß die westlichen Außenminister gegen den Zusammentritt der Bundesversammlung in Westberlin keine Einwände erhoben hätten. „Solche Feststellungen waren unberechtigt und nach dem, was mir die Außenminister gesagt haben, auch unstatthaft.“ Das Thema sei nicht von den Westmächten in Genf angeschnitten worden, sondern von anderer Seite.

830 000 an Waffen ausgebildet

Sowjetzonalen Volksarmee hat 2000 Geschütze und 1500 Panzer

Bonn (dpa). In der Sowjetzone gibt es gegenwärtig 830 000 Deutsche, die in der Armee dienen, gedient haben oder im Umgang mit Waffen ausgebildet wurden. Dies teilte der Pressechef des Bundesverteidigungsministers, Oberstleutnant Schmöckle, in einem Vortrag im Westdeutschen Rundfunk und im Sender Freies Berlin mit.

Die Gesamtzahl von 830 000 gliedert sich nach Angaben Schmöckles in 110 000 Angehörige der Nationalen Volksarmee, 120 000 ehemalige Angehörige der Volksarmee, die als Reservisten zur Verfügung stehen, 250 000 Männer in den Betriebskampfgruppen, 280 000 Angehörige der Gesellschaft für Sport und Technik und 70 000 Mann Grenz- und Bereitschaftspolizei.

Die Volksarmee verfüge über 2000 Geschütze, 1500 Panzerkampfwagen, 200 Flugzeuge und

100 Kriegsschiffe. Dazu kämen 20 glänzend ausgerüstete und ausgebildete russische Kampfdivisionen mit 7500 Panzerkampfwagen, 8000 Geschützen und 800 Kampfflugzeugen sowie anderes Kriegsggerät, bedient von 400 000 russischen Soldaten, „an deren Tapferkeit kein Deutscher zweifelt, der im zweiten Weltkrieg in Rußland war“.

Krem I deutet Konzessionen an

Genf (ap). Die Sowjetunion deutete auf der Genfer Atomkonferenz an, daß sie bereit sei, im Zusammenhang mit einer kontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche auf das Vetorecht zu verzichten. Als Gegenleistung fordert sie von den USA und Großbritannien Konzessionen in der Frage der Besetzung der geplanten 180 Kontrollposten und der fliegenden Inspektionsgruppen.

Annexion eindeutig ablehnen

Pommern-Parlament: „Unrecht an Millionen Deutschen“

Berlin (Eigenmeldung). In einer Erklärung zur Deutschlandfrage hat die pommersche Abgeordnetenversammlung an die Bundesregierung appelliert, die Annexion deutschen Staatsgebietes „eindeutig“ abzulehnen. Das Parlament der vertriebenen Pommern, das in Berlin tagte, forderte die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Rechtsgrundlage der deutschen Staatsgrenzen von 1937. An die vier Mächte wurde der Appell gerichtet, „den Boden des Rechts und der Gerechtigkeit nicht zu verlassen und das Unrecht der Vertreibung von zwölf

Millionen Deutschen wiedergutzumachen“.

Vor der Abgeordnetenversammlung unterstrich das Bundesvorstandsmitglied Radtke, man dulde nicht, daß auch nur auf einen Quadratmeter Boden Pommerns verzichtet werde. Nur die ungehinderte Selbstbestimmung über die innere Ordnung Gesamtdeutschlands biete die Gewähr, daß das deutsche Volk sich in Freiheit entwickeln und damit auf lange Sicht zu einem Ordnungsfaktor in Europa werden könne.

Dr. Oskar Eggert wurde einstimmig zum Sprecher der Landsmannschaft wiedergewählt.

Freiheitskundgebung zum 17. Juni

Berlin (Eigener Bericht). Mit einer eindrucksvollen Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg und einem Fackelzug zum Kreuzberg durch die von Zehntausenden umsäumten Straßen sind gestern in Berlin die Feierlichkeiten zum Gedenken an den Volksaufstand von 1953 im sowjetischen Besatzungsgebiet abgeschlossen worden. Wie schon am 1. Mai haben sich die Bevölkerung Berlins und ihre politische Führung einmütig und überzeugend im Vertrauen auf die Standhaftigkeit der Westmächte in Anwesenheit des Bundespräsidenten Heuss zur Freiheit der Stadt bekannt. Heuss war wenige Stunden zuvor, stürmisch begrüßt, zu seinem angekündigten mehrtägigen Besuch in Berlin eingetroffen.

Vor über 60 000 Berlinern auf dem Rudolph-Wilde-Platz mahnten sowohl der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Kiesinger, als auch der Regierende Bürgermeister Brandt die deutsche Öffentlichkeit im Bundesgebiet, in dieser schweren Zeit zusammenzustehen, denn nur so könne der Kampf um Berlin und um die Einheit Deutschlands gewonnen werden. Wörtlich sagte Kiesinger: „Wir feiern den 17. Juni nicht, damit er sich wiederholen soll. Wir begehen ihn als Ermütigung für die Bewohner der

Zone sowie als Erinnerung für die freie Welt.“

Minutenlange Ovationen wurden Theodor Heuss entgegengebracht, der sozusagen außerhalb des Programms zum 17. Juni zu den Berlinern sprach. In Anspielung auf kommunistische Presseberichte, in denen seine Anwesenheit in Berlin als „Provokation“ bezeichnet worden war, meinte Heuss, er lasse sich nicht provozieren und fahre dorthin, wo er wolle. Im übrigen halte er hier keine Abschiedsrede, sondern werde wieder nach Berlin kommen.

Unruhen in Kerala

Trivandrum (UPI). In Kerala, dem kommunistisch regierten Bundesstaat Indiens, herrscht weiterhin Bürgerkriegsstimmung. Obgleich in den letzten Tagen bereits zehn Menschen bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und antikommunistischen Demonstranten den Tod fanden, formierten sich überall neue Demonstrationzüge, die mit Rufen wie „Nieder mit dem Kommunismus“ durch die Straßen der Städte zogen. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich bereits auf über 1000. Die Opposition bekämpft ein neues Schulgesetz der Regierung, weil es nach ihrer Meinung nur darauf abzielt, die Kinder im kommunistischen Sinne zu erziehen.

Ruhr im Kreis Potsdam

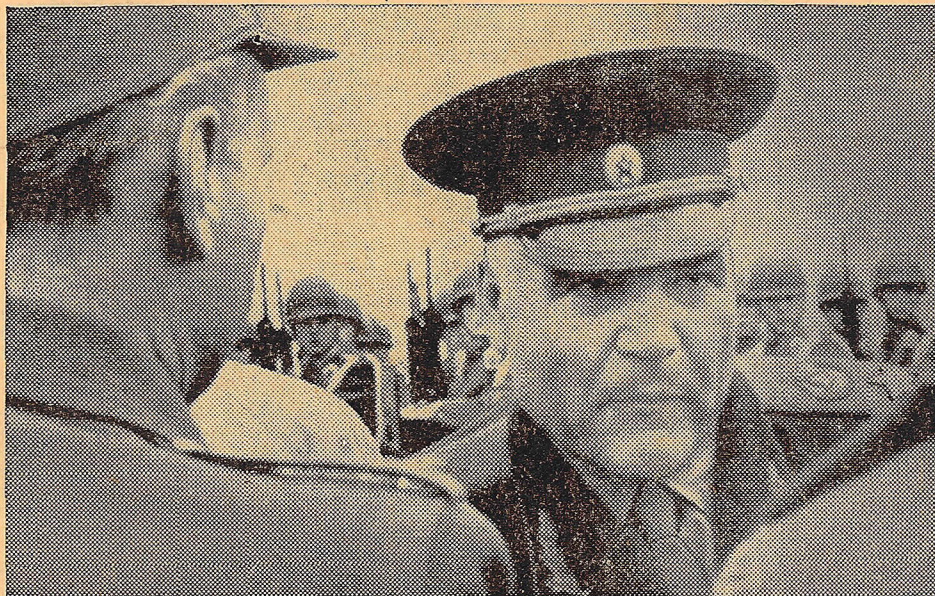
Berlin (UPI). Zum ersten Male hat die Sowjetzonenagentur adn das verbreitete Auftreten von Darm- und Ruhrerkrankungen in dem Bezirk Potsdam gemeldet und dabei mitgeteilt, daß die eingeleiteten Bekämpfungsmaßnahmen, obgleich sie die Zahl der Erkrankungen schon wesentlich vermindert hätten, aufrechterhalten würden. Auf das Auftreten der Ruhr in Sachsen, das von der dortigen Lokalpresse zugegeben wurde, ging adn nicht ein. Weiterhin bleibt in dem Bezirk Potsdam nach Berichten aus der Sowjetzone der Touristen- und Wanderverkehr völlig stillgelegt.

Ein Sprecher der Westberliner Gesundheitsbehörden verwies darauf, daß alle Flüchtlinge aus der Sowjetzone in den Westberliner Aufnahmelagern unmittelbar nach ihrer Ankunft stets ärztlich untersucht würden. Diese Überprüfungen hätten bisher nur negative Ergebnisse gehabt.

Fanatiker der Sachlichkeit

Berlin (Eigenmeldung). Dieser Tage vollendete Dr. Heinrich Vockel, der Bevollmächtigte der Bundesrepublik in Berlin, sein 67. Lebensjahr. Vockel, der sich um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westberlins größte Verdienste erworben hat, ist ein „Fanatiker der Sachlichkeit“. Als er 1950 dem Ruf des Bundeskanzlers folgte und das Amt des Bundesbevollmächtigten übernahm, nannte er als Leitmotiv seiner Arbeit: „Ich werde ein schweigsamer Mann sein. Je weniger die Öffentlichkeit von mir hört, desto besser.“ Der gebürtige Westfale hat bis heute danach gehandelt. Über die Parteigrenzen hinweg — Vockel ist Mitbegründer der Berliner CDU — wird seine Leistung anerkannt. Heinrich Vockel studierte Volkswirtschaft in Köln und Berlin, das seit 1913 seine Wahlheimat ist. In Münster promovierte er zum Dr. rer. pol. 1933 wurde die politische Laufbahn Vockels als Generalsekretär der Zentrumspartei von den Nationalsozialisten unterbrochen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE. Oben: Marschall Malinowski, der sowjetische Verteidigungsminister, traf mit hohen sowjetischen Offizieren zu einem einwöchigen Besuch in Wien ein. Im Hintergrund eine österreichische Ehrenkompanie. — Unten: Anhaltende Regenfälle haben den Inn zu einem reißenden Strom anschwellen lassen. Die Baustelle der Inn-Staumstufe, die zur Zeit bei Rosenheim errichtet wird, wurde von den Fluten unter Wasser gesetzt. Unser Funkbild zeigt die Staustufe mit der durch einen Pfeil gekennzeichneten Einbruchsstelle.

